BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 341 – 27. November 2026

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eine „Friedenserklärung“ haben Wladimir Putin, Donald Trump und Xi Jinping nach ihrem Dreiertreffen am 19. November in Shenzhen vorgelegt. Eine Vereinbarung, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine beendet, enthält sie nicht. Dieser Krieg wird nicht einmal erwähnt. Darin liegt eine bittere Ironie: Ausgerechnet Putin spricht von Verantwortung für den Weltfrieden, während er den Krieg gegen sein Nachbarland fortsetzt. Für ihn bietet das Treffen eine internationale Bühne, auf der er sich als Friedensstifter darstellen kann, ohne seinen Worten entsprechende Taten folgen zu lassen.

Auch die gemeinsame Kritik am Internationalen Strafgerichtshof ist bezeichnend. Auf mich wirkt dieser Auftritt vor allem wie der Versuch dreier Großmächte, ihren Anspruch auf die Gestaltung der Weltordnung zu unterstreichen. Europa und die Ukraine sitzen bei diesem Treffen nicht mit am Tisch. Eine Ordnung, in der die Mächtigen ihre Interessen untereinander aushandeln und andere Staaten die Folgen tragen, kann nicht in unserem Interesse liegen. Wir Europäer müssen deshalb unsere Interessen entschlossener gemeinsam vertreten. Über die Zukunft der Ukraine und die Sicherheit Europas darf nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden werden.

Dieser Anspruch muss sich ebenso in unserer eigenen Regierungsarbeit zeigen. Was wir bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2027 erlebt haben, ist kein Ruhmesblatt. Der Bundeskanzler hat in der Generaldebatte selbst eingeräumt, dass das Verfahren „keinen Schönheitspreis“ verdient habe. Das Ergebnis hat er angesichts der schwierigen Umstände verteidigt. Ich bin mit dem Vorgehen und dem bisher Erreichten deutlich weniger zufrieden. Die kurzfristigen Nachverhandlungen und erneuten Änderungen mitten in der Haushaltswoche vermitteln kaum die Verlässlichkeit, die Bürger und Unternehmen brauchen.

Mich ärgert, wie viel Kraft diese Bundesregierung für ihre internen Auseinandersetzungen aufwendet, während die Menschen auf spürbare Verbesserungen warten. Die Größe der Aufgaben ist unbestritten. Gerade deshalb erwarte ich eine bessere Vorbereitung, klare Prioritäten und mehr Entschlossenheit bei der Umsetzung. Der Kanzler hat zu Recht darauf hingewiesen, dass unsere finanziellen Spielräume enger werden. Daraus müssen jetzt nachvollziehbare Entscheidungen folgen. Er trägt eine besondere Verantwortung dafür, die

Koalition auf einen gemeinsamen Kurs zu verpflichten und dessen Umsetzung sicherzustellen. Der Abstand zwischen dem, was wir ankündigen, und dem, was bei den Menschen ankommt, ist mir weiterhin zu groß.

Für unsere Gemeinden, Vereine und Betriebe zählen zugleich die konkreten Entscheidungen im Haushalt. Die Unterstützung für notwendige Sanierungen, für Freiwilligendienste und für landwirtschaftliche Betriebe ist wichtig. Diese Maßnahmen verdienen eine sachliche Würdigung. Sie entbinden die Bundesregierung aber nicht von der Aufgabe, insgesamt verlässlicher zu arbeiten und überzeugendere Ergebnisse vorzulegen. Über einige der Schwerpunkte für unsere Region berichte ich Ihnen in dieser Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

Sportstätten und Schwimmbäder erhalten

Mehr Bundesmittel für die Sanierung kommunaler Sportanlagen

Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder gehören zum Alltag unserer Städte und Dörfer. Hier trainieren Vereine, findet Schulsport statt und lernen Kinder schwimmen. Für mich ist deshalb wichtig, dass diese Angebote auch künftig wohnortnah erreichbar bleiben. Ihre Erhaltung stellt die Kommunen allerdings vor erhebliche finanzielle Aufgaben. Wenn eine Halle grundlegend saniert oder die Technik eines Schwimmbades erneuert werden muss, reichen die eigenen Mittel häufig nicht aus.

Mit dem Bundeshaushalt 2027 stärken wir deshalb die Unterstützung des Bundes. Für die Sanierung kommunaler Sportstätten stehen im kommenden Jahr insgesamt 383 Millionen Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität bereit. Damit helfen wir Städten und Gemeinden, notwendige Investitionen in ihre Sportanlagen anzugehen und diese langfristig nutzbar zu halten.

Wie konkret diese Unterstützung in unserer Region ankommt, zeigen zwei bereits im September beschlossene Förderungen: Für das Waldfreibad in Prüm wurden 279.912 Euro bewilligt, für das Naturfreibad am Gemündener Maar in Daun 620.132 Euro. Über beide Zusagen habe ich mich sehr gefreut. Sie bringen die Sanierungen voran und helfen dabei, Angebote zu erhalten, die für die Menschen vor Ort einen hohen Stellenwert haben.

Bei der Förderung geht es auch darum, die Anlagen für die kommenden Jahre besser aufzustellen. Dazu gehören eine energiesparende Technik und der Abbau von Barrieren. Eine Sanierung kann so helfen, die laufenden Betriebskosten zu senken und mehr Menschen die Nutzung zu ermöglichen. Gerade bei Schwimmbädern ist entscheidend, dass die Kommunen ihren Betrieb auch auf Dauer finanzieren können.

Eine bereits im Oktober gestartete Förderrunde ist derzeit noch offen: Kommunen können ihre Projektvorschläge bis zum 1. Februar 2027 einreichen. Berücksichtigt werden können unter anderem Sporthallen, Hallen- und Freibäder sowie Sportplätze. Diese Möglichkeit kann auch für weitere Vorhaben in unserem Wahlkreis interessant sein. Mir ist wichtig, dass unsere Gemeinden die Unterstützung des Bundes für den Erhalt ihrer Sportstätten nutzen können.

Freiwilligendienste stärken

30 Millionen Euro zusätzlich für Jugendfreiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst

Wer einen Freiwilligendienst leistet, übernimmt Verantwortung und setzt sich über viele Monate für andere ein. Diese Bereitschaft verdient verlässliche Unterstützung. Mit dem Bundeshaushalt 2027 stellen wir deshalb insgesamt 30 Millionen Euro zusätzlich bereit: 20 Millionen Euro für die Jugendfreiwilligendienste und zehn Millionen Euro für den

Bundesfreiwilligendienst. Auf Antrag von CDU/CSU und SPD liegen die Mittel damit sowohl über dem ursprünglichen Regierungsentwurf als auch über dem Ansatz für dieses Jahr.

Für junge Menschen kann ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr eine wichtige Zeit der Orientierung sein. Sie lernen ein Berufsfeld kennen, erproben ihre Fähigkeiten und erfahren, was es heißt, im Alltag Verantwortung zu tragen. Der Dienst bietet Gelegenheit, eigene Vorstellungen von der beruflichen Zukunft mit praktischen Erfahrungen abzugleichen. Zugleich erleben die Freiwilligen unmittelbar, welchen Unterschied ihr Einsatz für andere Menschen oder für die Umwelt machen kann.

Damit diese Zeit gelingt, braucht es eine gute Begleitung. Die Bundesförderung unterstützt bei den Jugendfreiwilligendiensten insbesondere die persönliche Betreuung, Seminare und die Qualität der Angebote. Dahinter stehen Menschen, die die Freiwilligen auf ihre Aufgaben vorbereiten, bei Schwierigkeiten ansprechbar sind und ihnen helfen, ihre Erfahrungen einzuordnen. Mit den zusätzlichen Mitteln verbessern wir die finanziellen Voraussetzungen für diese Arbeit.

Der Bundesfreiwilligendienst eröffnet solche Möglichkeiten auch Menschen in späteren Lebensphasen. Die Einsatzfelder reichen von Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen über Kultur und Sport bis zum Natur- und Katastrophenschutz. Für mich ist wichtig, dass Menschen unterschiedlichen Alters einen passenden Zugang zu diesem Engagement finden. Wer seine Zeit und seine Fähigkeiten für andere einbringen möchte, soll dafür gute Bedingungen vorfinden. Die Aufstockung ist ein konkreter Beitrag dazu.

Landwirtschaftliche Betriebe in schwierigen Zeiten unterstützen

Neue zinsvergünstigte Darlehen für dürregeschädigte Futterbaubetriebe und Schweinehalter

Fällt die Futterernte wegen Trockenheit geringer aus, müssen Betriebe zusätzliche Futtermittel zukaufen, während die laufenden Rechnungen weiterbezahlt werden müssen. Schweinehalter stehen wiederum durch niedrige Verkaufspreise und steigende Kosten für Energie, Futter und Logistik unter Druck. Solche Belastungen können den finanziellen Spielraum eines Hofes erheblich einengen. Deshalb ist es richtig, gezielt dort zu helfen, wo Betriebe eine schwierige Phase überbrücken müssen.

Mit dem Bundeshaushalt 2027 schaffen wir die finanzielle Grundlage für zwei neue Programme der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Insgesamt sind über mehrere Jahre 50 Millionen Euro für Zinsvergünstigungen vorgesehen. Davon entfallen jeweils 25 Millionen Euro auf die Unterstützung dürregeschädigter Futterbaubetriebe und auf ein Programm für schweinehaltende Betriebe. Für das kommende Jahr sind zunächst zehn Millionen Euro eingeplant; weitere 40 Millionen Euro sind für die Folgejahre abgesichert.

Die Unterstützung erfolgt über Darlehen, deren Zinsen durch die Bundesmittel verbilligt werden. Betriebe sollen damit kurzfristige Zahlungsengpässe überbrücken können und bei den Finanzierungskosten entlastet werden. Die Kredite müssen zurückgezahlt werden. Für einen Betrieb, der vorübergehend zusätzliche Mittel benötigt, kann eine günstigere Finanzierung dennoch einen wichtigen Unterschied machen. Die Rentenbank soll die Darlehen von 2027 bis einschließlich 2031 anbieten.

Die konkreten Voraussetzungen und Konditionen werden derzeit vom Bundeslandwirtschaftsministerium und der Rentenbank ausgearbeitet. Weitere Informationen dazu sind für Anfang Dezember angekündigt. Für mich kommt es jetzt darauf an, dass daraus ein verständliches und praktikables Angebot wird. Betroffene Betriebe müssen rasch erkennen können, ob sie die Unterstützung nutzen können und welche Unterlagen dafür benötigt werden.

Ich halte diese gezielte Hilfe für richtig, weil sie Betrieben Zeit verschaffen kann, eine wirtschaftlich schwierige Phase zu überstehen. Ebenso wichtig bleibt, dass Landwirtschaft dauerhaft wirtschaftlich tragfähig ist. Gerade mit Blick auf die Familienbetriebe in unserer Region ist mein Anspruch, dass sich die tägliche Arbeit auf den Höfen auch lohnt. Daran müssen sich unsere weiteren Entscheidungen für die Landwirtschaft messen lassen.

Frauen wirksamer vor Gewalt schützen

Das Frauenschutzpaket der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Eine Frau, die bedroht oder misshandelt wird, muss sich auf wirksamen Schutz verlassen können. Dazu gehören schnelle Hilfe, eine konsequente Strafverfolgung und die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Mit dem Frauenschutzpaket, das die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. November beschlossen hat, haben wir konkrete Vorschläge vorgelegt, wie wir diesen Anspruch besser einlösen können. Dabei verbinden wir die Vorbeugung von Gewalt mit dem Schutz der Betroffenen und einem entschlossenen Vorgehen gegen die Täter.

Zum Orange Day habe ich mich dazu auch in einer Videobotschaft geäußert. Mein Video zum Orange Day finden Sie auf meinen Social-Media Kanälen.

Ein Schwerpunkt ist der Schutz nach einer Trennung. Gibt es bereits dokumentierte Gewalt, wollen wir eine verbindliche Einschätzung der Gefährdung und darauf abgestimmte Schutzmaßnahmen. Bei hoher Gefährdung soll dazu auch die elektronische Aufenthaltsüberwachung des Täters gehören. Bei Entscheidungen über Sorge- und Umgangsrechte muss die Sicherheit der betroffenen Frau und ihrer Kinder Vorrang erhalten. Der Kontakt zum gemeinsamen Kind darf nicht dazu missbraucht werden, die Mutter weiter zu bedrohen oder zu kontrollieren.

Auch die strafrechtlichen Konsequenzen müssen der Schwere der Taten gerecht werden. Wir wollen den Mordtatbestand um ein zusätzliches Merkmal ergänzen, das an der Tat selbst ansetzt. Damit sollen insbesondere Tötungen von Frauen durch Partner oder Expartner konsequenter als Mord geahndet werden können. Zugleich wollen wir bestehende Möglichkeiten stärker nutzen, Gewalttäter zu Anti-Gewalt-Trainings und weiteren Maßnahmen zur Verhinderung erneuter Übergriffe zu verpflichten.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die digitale Gewalt. Mit künstlicher Intelligenz gefälschte intime Bilder und Videos können Betroffene bloßstellen und massiv unter Druck setzen. Solche Inhalte müssen rasch aus dem Netz entfernt werden. Dafür wollen wir Plattformbetreiber stärker in die Verantwortung nehmen und Frauen dabei unterstützen, Beweise zu sichern und ihre Rechte durchzusetzen. Wer solchen Angriffen ausgesetzt ist, darf mit deren Folgen nicht alleingelassen werden.

Zu wirksamem Schutz gehört schließlich die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Wer eine Gewaltbeziehung verlassen will, braucht auch Klarheit darüber, wie der eigene Lebensunterhalt und der der Kinder gesichert werden können. Deshalb wollen wir wirtschaftliche Beratung fest in die Hilfsangebote einbinden und Unterhaltsansprüche wirksamer durchsetzen. Ausdrücklich nehmen wir auch die Absicherung von Frauen in den Blick, die in landwirtschaftlichen Familienbetrieben mitarbeiten. Für mich ist entscheidend, dass aus diesen Vorschlägen Unterstützung wird, die einen sicheren Neuanfang tatsächlich ermöglicht.

Unterwegs im Wahlkreis

Eine wiedereröffnete Kapelle, Zeit zum Vorlesen und gemeinsames Gedenken

Ein besonderer Anlass führte mich nach Lauperath. Die Kapelle St. Fides, Spes und Caritas kann nach zehnjähriger Schließung wieder genutzt werden. Erhebliche Bauschäden hatten ihre Zukunft lange infrage gestellt. Inzwischen ist unter anderem das Dach erneuert, das Gewölbe instandgesetzt und der Turm gesichert. Mit einem Gottesdienst wurde die Wiedereröffnung gefeiert. Ich freue mich, dass dieser vertraute Ort dem Dorf erhalten bleibt und künftig auch für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung steht.

Dahinter stehen viel Ausdauer und gemeinsamer Einsatz. Der Förderverein „Lauperath aktiv“ unter dem Vorsitz von Ortsbürgermeister Stefan Weiland hat das Engagement vor Ort gebündelt. Zur Finanzierung trugen das Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes, das Land Rheinland-Pfalz, das Bistum Trier und private Spender bei. Für mich zeigt dieses Beispiel, wie öffentliche Unterstützung und ehrenamtliche Arbeit zusammenwirken können. Mein Dank gilt allen, die über die Jahre an der Kapelle festgehalten und ihre Wiedereröffnung möglich gemacht haben.

Auch Vorlesetermine an Schulen gehörten zu meinen Besuchen im Wahlkreis. Solche Einladungen nehme ich gerne an. Mir ist wichtig, Kinder für Bücher zu begeistern und ihnen Freude am Lesen zu vermitteln. Beim gemeinsamen Vorlesen entsteht Zeit, einer Geschichte zu folgen, Fragen zu stellen und die eigenen Gedanken einzubringen. Deshalb danke ich den Lehrkräften und allen Beteiligten, die solche Begegnungen vorbereiten und dem Lesen im Schulalltag einen festen Platz geben.

Auch in Lasel konnte ich mir ein gelungenes Gemeinschaftsprojekt ansehen: das neue Dorfgemeinschaftshaus, das im August eröffnet wurde. Aus dem ehemaligen Pfarrhaus ist ein barrierefreier, vielseitig nutzbarer Treffpunkt entstanden. Zum Gebäudekomplex gehört auch ein Bereich für die Feuerwehr. Besonders beachtlich sind die rund 3.000 Stunden Eigenleistung, die Bürgerinnen und Bürger in das Vorhaben eingebracht haben. Sie haben gemeinsam angepackt und damit einen Ort geschaffen, der Platz für Veranstaltungen und Begegnungen im Dorf bietet.

Am 22. November nahm ich außerdem an der Gedenkfeier zum Totensonntag auf dem Ehrenfriedhof in Gerolstein teil. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Kirchen, der Bundeswehr, der Kommunen und der örtlichen Gemeinschaft gedachten wir der Verstorbenen und der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Mir ist wichtig, dass dieses gemeinsame Erinnern seinen Platz behält. Es gibt Raum für Trauer und hält zugleich die Verantwortung wach, die aus unserer Geschichte erwächst. Den Menschen, die diese Gedenkfeier gestaltet und begleitet haben, danke ich herzlich.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de